A4 2 % des BIP für Sicherheit - 1 % fürs Militär + 1 % für Friedenssicherung

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer (KV Görlitz)

Antragstext

Die BAG Frieden und Internationales setzt sich dafür ein, dass das von den Nato-Mitgliedern vereinbarte Ziel, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Sicherheit aufzuwenden, neu definiert wird. Ziel muss sein Sicherheit nicht nur militärisch zu definieren sondern mindestens die gleiche Summe für zivile Friedenssicherung zu verwenden. Diese Forderung soll auch ins Bundestagswahlprogramm aufgenommen werden.

Begründung

Bekanntlich hatten die NATO-Mitglieder sich schon vor Trump-Zeiten verpflichtet, ihre Militäretats bis 2024 auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts aufzustocken. Es ist nicht abzusehen, dass die Biden-Administration davon abweichen wird.

Deutschland ist davon ziemlich weit entfernt. Für diese Aufstockung wäre dann die nächste Bundesregierung zuständig, vermutlich unter grüner Beteiligung.

Bündnis 90/Die Grünen, die ihre Wurzeln u.a. in der westdeutschen Friedensbeweging und den ostdeutschen Friedensgruppen der 80er-Jahre haben, würden dann nicht nur die erste deutsche Kriegsbeteiligung nach dem 2. Weltkrieg sondern auch die massivste Aufrüstung der Bundeswehr sei dem "Kalten Krieg" mit zu verantworten haben ...

Daher ist es notwendig, dies 2-%-Ziel neu zu definieren. Entweder in:

+ Für jeden Euro, der für Militär ausgeben wird, wird auch ein Euro für zivile Friedenssicherung ausgegeben. Oder:

+ 2 % des BIP für Sicherheit - 1 % fürs Militär + 1 % für zivile Friedenssicherung

Zur Friedenssicherung gerade in Afrika und Asien gehört im weiteren Sinne auch ein Teil der Entwicklungszusammenarbeit, ansonsten gehören u.a. dazu der Zivile Friedensdienst sowie die Finanzierung von friedenssichernden Maßnahmen der UN und der OSZE.